

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

- zu 9.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Entwicklung einer Ansiedlungsstrategie von „Marken-Filialen“ in der Innenstadt
Vorlage: VI/2016/01673**
-

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den

Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt ein Strategie-Konzept vorzulegen, das Maßnahmen enthält, die zu dem Ziel führen, dass Filialen bekannter Marken (Zara, Esprit, Mango, Starbucks, usw.) in der halleschen Innenstadt eröffnet werden. Insbesondere soll dargestellt werden, welche Schritte konkret erforderlich sind (inkl. Kosten und Aufwand), um den Status Quo zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist eine direkte Kontaktaufnahme mit einzelnen „Marken-Unternehmen“ gewünscht.

Das Strategie-Konzept soll dem Stadtrat bis zur Sitzung im August 2016 vorgelegt werden.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

- zu 9.3 Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung von Formen der Leistungserbringung für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: VI/2016/01658**
-

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Finanzen, städtischeeteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, folgende Formen der Leistungserbringung nach § 12 RettDG LSA für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis zu prüfen:
 - a. Die eigene Leistungserbringung durch einen Eigenbetrieb Rettungsdienst im gesamten Rettungsdienstbereich
 - b. Die Leistungserbringung durch Konzession an andere Leistungserbringer
2. Für die Varianten 1. a. und 1. b. sind zugleich die Auswirkungen auf den Katastrophenschutz zu prüfen und darzulegen.
3. Das Prüfergebnis ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 30. März 2016 unter Abwägung beider Varianten zur Fassung eines Grundsatzbeschlusses vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

- zu 9.5 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Erhebung des Bedarfs an flexiblen Betreuungsangeboten in halleschen Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2016/01670**
-

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
in den
Bildungsausschuss
und
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die derzeitige Nutzungspraxis sowie den potentiellen Bedarf an flexiblen Betreuungsmodellen wie Früh-, Spät-, Wochenend-, Feiertags- und 24h-Betreuung in halleschen Kindertagesstätten z.B. mittels einer Elternbefragung zu erheben und auszuwerten.
2. Die Ergebnisse der Erhebung und darauf basierende Handlungsempfehlungen bzw. Vorhaben zum Umgang mit flexiblen Betreuungsangeboten an halleschen Kindertagesstätten werden dem Stadtrat zur Kenntnis vorgelegt.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

**zu 9.6 Antrag des Stadtrates Dr. Detlef Wend (SPD-Fraktion) zu
Schulanfangszeiten in Grundschulen
Vorlage: VI/2016/01652**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Bildungsausschuss
und
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit an den halleschen Grundschulen in den Schuljahren 2016/2017 und 2017/2018 unter den Eltern der SchülerInnen eine repräsentative Umfrage durchgeführt werden kann, die die Zufriedenheit mit den Schulanfangszeiten (i. d. R. zwischen 7.00 und 8.00 Uhr) ermittelt.
2. Die Ergebnisse der Befragung werden dem Stadtrat zeitnah nach der Auswertung zur Kenntnis gegeben.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Förderung der Erreichbarkeit des Zoos mit öffentlichen Verkehrsmitteln
Vorlage: VI/2016/01653**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Stadtentwicklung,
Ausschuss für Planungsangelegenheiten,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung,
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und
Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung prüft gemeinsam mit der Zoo Halle GmbH und der HAVAG die Einführung eines Kombitickets (ÖPNV- plus Zooticket) vergleichbar mit dem Angebot der Stadt Leipzig.
2. Der Stadtrat spricht sich gegen die Errichtung eines Parkhauses auf dem Gelände des Parkplatzes in der Emil-Eichhorn-Straße aus.
3. Der Stadtrat weist den Oberbürgermeister an, im Aufsichtsrat des Zoos gegen die weitere Verfolgung des Parkhausprojektes zu stimmen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

**zu 9.8 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur
Prüfung einer verkehrstechnischen Erschließung der neuen
Justizvollzugsanstalt Halle
Vorlage: VI/2016/01642**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine bedarfsgerechte Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Justizvollzugsanstalt Halle zu prüfen. Auch die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 bis in Höhe der zukünftigen Zufahrt der neuen Justizvollzugsanstalt ist zu prüfen.
2. Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu seiner Sitzung am 07. Juni 2016 zur Kenntnisnahme vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

- zu 9.8.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Prüfung einer verkehrstechnischen Erschließung der neuen Justizvollzugsanstalt Halle**
Vorlage: VI/2016/01727
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ~~die Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 bis in Höhe der zukünftigen Zufahrt~~ **eine bedarfsgerechte Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs zur Justizvollzugsanstalt Halle zu prüfen.**
4. **Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu seiner Sitzung am 07. Juni 2016 zur Kenntnisnahme vorzulegen.**

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

- zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
- Prüfung der Angebote zur städtebaulichen Entwicklung des Riebeckplatzes durch chinesische Investoren
Vorlage: VI/2016/01636**
-

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Gesellschaftervertreter der Stadt Halle (Saale) in der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH wird beauftragt, den Geschäftsführer des Unternehmens umgehend anzuweisen, die laufenden Prüfungen zum Angebot einer chinesischen Investorengruppe zur städtebaulichen Entwicklung des Riebeckplatzes vollständig zu Ende zu bringen. Die Ergebnisse dieser Prüfungen sind in einem schriftlichen Bericht mit entsprechenden Belegen für Schlussfolgerungen dem Finanzausschuss und dem Aufsichtsrat der EVG zur Beschlussfassung vorzulegen. Des Weiteren weist der Gesellschaftervertreter den Geschäftsführer an, alles zu unterlassen, was den Prozess der Prüfung, dazugehöriger Gespräche und Verhandlungen mit den Investoren behindern könnte.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 18. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 24.02.2016:

**zu 9.10 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur
Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2016/01709**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat entsendet Herrn Sven Pringal als sachkundigen Einwohner in den Bildungsausschuss.
2. Der Stadtrat entsendet Herrn Igor Matviyets als sachkundigen Einwohner in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss.
3. Dr. Felix Peter scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.
4. Igor Matviyets scheidet als sachkundiger Einwohner aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer